

Der Bundeskanzler im SZ-Interview Olaf Scholz spricht über die zwei großen Krisen zu Beginn seiner Amtszeit. Er erklärt, wie es zu seinem Meinungswechsel bei der Impfpflicht kam, ob Corona-Maßnahmen gelockert werden, warum er hanseatisch sparsam kommuniziert – und wie er Russland davon abhalten will, in die Ukraine einzumarschieren

VON DANIEL BRÖSSLER
UND CERSTIN GAMMELIN

Maske ab, ja oder nein? Sind doch alle 3G, findet Olaf Scholz, also ohne. Aber bitte am Tisch ein bisschen mehr Abstand als üblich. Der Bundeskanzler empfängt zum Interview in seinem Büro, von wo er einen weiten Blick hat nach Osten. Ganz hinten ragt der Fernsehturm in den januargrauen Himmel. Vorne, ein paar Steinwürfe entfernt, kann der Kanzler auf die Büros der Abgeordneten schauen, von denen er erwartet, dass sie eine Impfpflicht mittragen werden. Innen hat das Büro noch den Charme eines Einrichtungskatalogs, alles funktional mit dezentem Rosenschmuck – nur der Schreibtisch sieht so aus, als arbeite hier schon jemand, Computer, Aktenstapel, sauberlich geordnet. Das Einrichten kann warten, findet der Sozialdemokrat. Nur das Bild von Konrad Adenauer, das seine Vorgängerin Angela Merkel über dem Schreibtisch hatte, das hat er abhängen lassen.

SZ: Herr Bundeskanzler, wann ist Corona vorbei?

Olaf Scholz: Eine Pandemie ist eine Naturkatastrophe. Da wäre es töricht und leichtfertig, ein konkretes Datum zu nennen. Die vergangenen beiden Jahre haben gezeigt, wie schwer berechenbar das Virus ist. Aber ich bin zuversichtlich, wir werden diese Pandemie überwinden und auch wieder ein normales Leben führen.

An diesem Montag treffen Sie sich wieder mit den Länderchefs ...

... wir reden ständig mit den Ländern. Wir bereiten die Entscheidungen gemeinsam gut vor, damit wir sie bei den Zusammenkünften zügig treffen können.

„Es ist jedenfalls sicher nicht angebracht, mitten in der Omikron-Welle auf breiter Front die Regeln zu lockern.“

Der Höhepunkt der Omikron-Welle wird für Mitte Februar erwartet. Werden Sie weitere Verschärfungen beschließen?

Unser Land ist auf dem richtigen Weg. Die strengen Regeln, die wir seit November eingeführt haben, haben dazu geführt, dass die Omikron-Welle Deutschland später erreicht hat als unsere europäischen Nachbarn und wir erst jetzt Infektionszahlen von mehr als 100 000 Neuinfektionen pro Tag zu verzeichnen haben ...

... auf die Sie wie reagieren werden?

Beim letzten Bund-Länder-Treffen haben

„Ich wünsche mir die Mehrheit in jeder Hinsicht“

Olaf Scholz will die Abgeordneten seiner Ampel-Koalition für eine allgemeine Impfpflicht gewinnen. Es soll jedoch eine Gewissensentscheidung bleiben. In der Frage nach Sanktionen gegen Russland mahnt er „Klugheit“ an



uns sicherlich an dem einen Ende, das nicht so martialisch ist.

Ab wann sollte die Impfpflicht gelten? Wir haben eine einrichtungsbezogene Impfpflicht auf den Weg gebracht. Das Gesetz gilt bereits heute, ab Mitte März müssen die Impfungen nachgewiesen werden. Ähnlich wird es bei der allgemeinen Impfpflicht sein: Sobald die Entscheidung zur Impfpflicht getroffen ist, beginnt eine Phase, in der die notwendigen Impfungen vorgenommen werden können, bevor die Pflicht greift.

Neben der Pandemie beansprucht die Krise rund um die Ukraine Ihre Zeit. Müssen die Menschen Angst haben, dass es Krieg gibt in Europa?

Wir sind in einer sehr ernstesten Lage. Es ist ja nicht zu übersehen, dass einhunderttausend Soldaten und viel Militärgerät von Russland entlang der Grenze zur Ukraine zusammengezogen worden sind. Eine vernünftige Erklärung dafür gibt es nicht. Das ist eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit in Europa. Dass Grenzen nicht infrage gestellt werden, gehört zu den Errungenschaften der Entspannungspolitik und der Verständigungen nach 1990, genauso wie die territoriale Integrität der Länder. Das bedeutet, dass wir nicht mit Gewalt nationale Grenzen verschieben, nur weil in alten Büchern vielleicht andere Grenzen verzeichnet sind. Recht und Regeln müssen gelten und nicht militärische Macht.

„Willy Brandt und Helmut Schmidt würden es genau so formulieren, wie ich es tue.“

Viele in der SPD erinnern an diese Entspannungspolitik. Würde Willy Brandt heute mit Russland über Garantien sprechen, dass die Ukraine und andere Länder nicht der Nato beitreten?

Willy Brandt und Helmut Schmidt würden es genau so formulieren, wie ich es tue, wie es unsere Verbündeten in der Nato tun, wie es der amerikanische Präsident und die Europäische Union tun. Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, wie sie die Schlussakte von Helsinki meint, kann es nur geben, wenn es nicht die Vorstellung von Einflusszonen gibt, in denen Länder nicht selbst über ihre eigene Entwicklung bestimmen dürfen. Die Annexion der Krim war eine schwere Verletzung dieser Prinzipien durch Russland. Die Situation im Osten der Ukraine ist unverändert gefährlich und ebenfalls eine Verletzung dieser Prinzipien. Wenn man sich auf Willy Brandt und Helmut Schmidt beruft, gehören die territoriale Integrität und das Selbstbestimmungsrecht der Staaten untrennbar dazu.

barn und wir erst jetzt Infektionszahlen von mehr als 100 000 Neuinfektionen pro Tag zu verzeichnen haben ...

... auf die Sie wie reagieren werden?

Beim letzten Bund-Länder-Treffen haben wir zu den ohnehin geltenden, ziemlich strengen Maßnahmen festgelegt, dass Bürger mit doppeltem Impfschutz noch einen Test vorlegen müssen, wenn sie ein Restaurant besuchen oder shoppen wollen. Das ist vertretbar, weil sehr viele mittlerweile schon geboostert sind. In vielen Ländern gilt diese Regel. Ich bin dafür, den Weg, den wir eingeschlagen haben, weiterzugehen. Es ist jedenfalls sicher nicht angebracht, mitten in der Omikron-Welle auf breiter Front die Regeln zu lockern. Wir brauchen keine Kurskorrektur.

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder lehnt 2G plus ab, teilweise auch 2G. Können Sie das nachvollziehen?

Es ist nicht ungewöhnlich, dass in einem föderalen Staat ein Beschluss nicht zu einhundert Prozent, sondern zu 95 Prozent umgesetzt wird. Ich will aber gar nicht verhehlen, dass ich es gut fände, wenn auch im Hauptverbreitungsgebiet Ihrer Zeitung 2G plus gelten würde.

Oh, Bayern haben Sie jetzt auf fünf Prozent reduziert?

(Scholz grinst) Jo mei.

Hendrik Wüst, den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, sollen Sie intern als „Amateur im Ministerpräsidentenkostüm“ bezeichnet haben. Womit hat er das verdient?

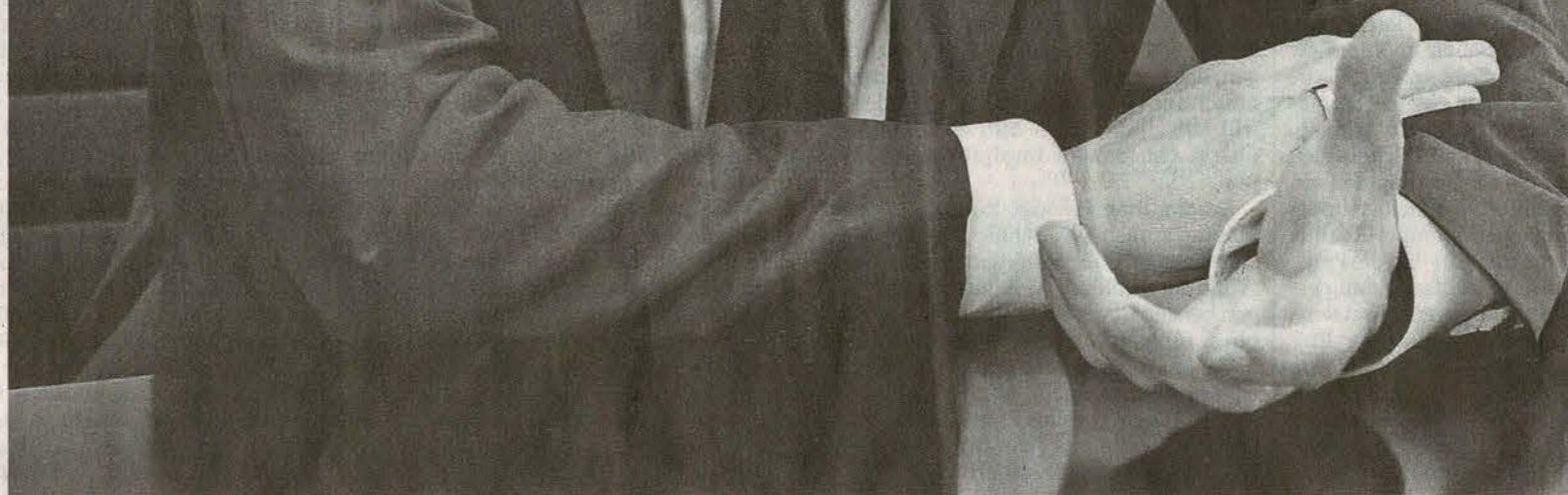
Dieses Zitat war eine Presse-Meldung, aber keine Bemerkung von mir.

Viele Bürger empfinden die Corona-Politik als verwirrend. Wenn eine neue Regel endlich ankommt, ist sie oft schon überholt.

Wir haben alle miteinander gelernt, in der Pandemie keine roten Linien zu formulieren. Es geht darum, plausible Erwartungen zu formulieren. Wenn sich die Situation verändert, etwa weil das Virus mutiert, müssen wir unsere Maßnahmen anpassen. Wir dürfen nicht in eine Lage geraten, in der wir etwas, das nötig wäre, nicht tun, weil wir es Monate zuvor auf Basis einer anderen Faktenlage noch abgelehnt haben.

Dass gerade jetzt Politik besonders ausführlich erklärt werden muss, was bedeutet das für Sie persönlich? Trägt Ihr hanseatisch knapper Stil noch, obwohl Sie nicht mehr nur Hamburg, sondern ganz Deutschland regieren?

Die Bürger hören genau hin, was wir Politiker sagen. Und auch, was ich als Kanzler sage. Klare Aussagen sind mir wichtig – bei meiner Regierungserklärung, der Neujaansprache und bei meinen Presse-



Olaf Scholz in seinem Büro im siebten Stock des Bundeskanzleramts.

FOTO: REGINA SCHMEKEN

konferenzen im Anschluss an die Länder-treffen.

Sie sagen wenig, damit das Wenige umso besser hängen bleibt?

Die Zeiten sind hektisch, jeden Tag prasseln unglaublich viele neue Meldungen und Erkenntnisse auf uns nieder. Meine Aufgabe sehe ich darin, in dieser Unübersichtlichkeit eine klare Linie erkennbar zu machen. Deshalb haben wir das Expertengremium eingesetzt, das gemeinsame Stellungnahmen verfasst, und den Krisenstab, der sich um die Umsetzung der Entscheidungen in Bund und den Ländern kümmert. Damit ist mehr Klarheit in die Debatte gekommen und unsere Entscheidungen sind besser vorbereitet.

„Es geht ausdrücklich nicht um das Geld, sondern um die Gesundheit der Bürger.“

Sie waren lange gegen eine Impfpflicht, was hat bei Ihnen den Schalter umgelegt?

Ja, ich war dagegen. Damit war ich auch nicht alleine in der deutschen Politik. Deshalb muss man jetzt auch gut begründen, warum man seine Meinung geändert hat.

Nämlich?

Ich hatte lange die Hoffnung, dass wir eine Impfquote in Deutschland erreichen würden, die ausreicht, die gesamte Bevölkerung zu schützen. Leider ist unsere Quote zu niedrig. Aktuell sind wir bei den Erstimpfungen bei etwas mehr als 75 Prozent, nötig wären 90 Prozent. Diesen Unterschied spüren wir alle. Wieder mussten wir weitreichende Kontaktbeschränkungen

festlegen, wieder mussten wir dafür sorgen, dass die Krankenhäuser ausreichend Kapazitäten freihalten, um infizierte Patienten behandeln zu können. All das hat erhebliche Folgen für unseren Alltag und das Wirtschaftsleben und auch finanziell.

Ohne Impfpflicht würden die Folgen der Pandemie unbezahlbar?

Es geht ausdrücklich nicht um das Geld, sondern um die Gesundheit der Bürger. Wer sich entscheidet, sich nicht impfen zu lassen, trifft die Entscheidung nicht für sich allein. Ein Ungeimpfter entscheidet mit über das Schicksal all derer, die sich deshalb infizieren. Er entscheidet mit darüber, dass Operationen verschoben werden müssen, weil sich das Gesundheitswesen für eine höhere Zahl an Covid-Patienten wappnet. Er entscheidet mit über erhebliche Auswirkungen auf Gaststätten, Hotels, Geschäfte, die ganze Wirtschaft und über das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. All das sind die Folgen einer zu niedrigen Impfquote. Mittlerweile bin ich überzeugt: Ohne eine Impfpflicht wird es uns nicht gelingen, die Quote auf das Niveau zu bringen, das nötig ist, damit wir die Pandemie hinter uns lassen können.

Sie sagen, die Entscheidung über die Impfpflicht sei eine Gewissensentscheidung. Wollen Sie keine Kanzlermehrheit?

So, wie ich mich selbst überzeugt habe, dass eine Impfpflicht jetzt nötig ist, möchte ich, dass sich viele Abgeordnete von dieser Notwendigkeit überzeugen.

Warum bestehen Sie nicht auf Fraktionszwang?

Wenn Sie sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestags anschauen, werden Sie feststellen, dass die meisten irgendwann einmal gesagt haben, sie seien gegen eine Impfpflicht. Wenn also eine große Mehr-

heit von ihnen ihre Meinung ändert, tun sie das ja stellvertretend für das ganze Volk, das in dieser Frage auch gerade umdenkt. Wir lesen Umfragen, in denen zwei Drittel oder mehr für eine Impfpflicht sind. Das ist eine große gesellschaftliche Neupositionierung, die nicht nur der Kanzler oder die Bundesregierung oder der Bundestag vornimmt oder die 16 Länder, sondern die wir als Gemeinschaft vornehmen. Das gewählte parlamentarische Vorgehen gibt dem Prozess die Würde, die er braucht.

Wäre es Ihnen wichtig, sagen zu können: Ich habe auch die Mehrheit in der Ampel überzeugt?

Ich wünsche mir die Mehrheit in jeder Hinsicht. Im Volk. Im Parlament. In den Parteien.

Und Ihrer Regierung?

Auch in der Regierung. Da bin ich zuversichtlich.

Haben Sie nicht mal gesagt, wer Führung bei Ihnen bestelle, bekomme sie auch?

Ich habe bereits im November klar gesagt, dass ich eine Impfpflicht befürworte. Damals war die Diskussion längst noch nicht so weit und die Umfragen anders. Damit habe ich der Debatte eine klare Richtung gegeben.

Kann sich die Debatte wieder drehen, wenn Omikron die Pandemie leichter beherrschbar erscheinen lässt?

Wir dürfen nicht blauäugig sein. Es ist eine Illusion zu glauben, in drei Monaten wäre die Pandemie einfach auf wundersame Weise für alle Zeiten vorbei. Ja, die Lage wird sich hoffentlich im Frühjahr und Sommer verbessern und entspannen. Der nächste Herbst aber kommt bestimmt. Deshalb ist es wichtig, die Impfquote zu

steigern. Zugleich müssen wir die Infrastruktur vorhalten, also die Impfzentren. Wir können nicht sicher sein, dass Mitte dieses Jahres wie erhofft 70 Prozent der Weltbevölkerung geimpft sind. Deshalb könnte uns im Herbst eine neue Virusvariante vor neue Herausforderungen stellen. Wenn wir durch eine allgemeine Impfpflicht eine sehr hohe Impfquote erreicht haben, werden wir der nächsten Volte des Virus ein Schnippchen schlagen können.

Was machen Sie, wenn Sie keine Mehrheit im Bundestag für die Impfpflicht bekommen?

Wer mutig Politik macht, muss bereit sein, mutig voranzugehen. Wer sich ständig mit der Frage aufhält, was wäre wenn, wird nichts erreichen.

„Natürlich haben Gesetze auch eine meinungsbildende Wirkung. Was im Gesetz steht, akzeptieren die meisten auch.“

Sie haben ja gesagt, die Impfpflicht sollte drei Impfungen umfassen. Wie wollen Sie sie durchsetzen?

Ich bin für eine einfache, schlanke Lösung. Es ist schon so, dass sich in Deutschland die allermeisten Menschen an Gesetze halten. Es steht ja Gott sei Dank nicht neben jedem Bürger ein Polizist. Und natürlich haben Gesetze auch eine meinungsbildende Wirkung. Was im Gesetz steht, akzeptieren die meisten auch.

Muss es trotzdem Sanktionen geben?

Bei jeder Vorschrift, die wir haben, gibt es Konsequenzen, wenn man sich nicht an sie hält. Manchmal sind es kleine Bußgelder, manchmal große Strafen. Wir bewegen

den der Ukraine ist unverändert gefährlich und ebenfalls eine Verletzung dieser Prinzipien. Wenn man sich auf Willy Brandt und Helmut Schmidt beruft, gehören die territoriale Integrität und das Selbstbestimmungsrecht der Staaten untrennbar dazu.

Keine Garantien gegen eine weitere Nato-Osterweiterung also?

Ein Beitritt weiterer Länder aus dem Osten Europas in die Nato steht aktuell überhaupt nicht auf der Tagesordnung. Was soll da die russische Forderung? Diese Garantie kann es nicht geben.

In der SPD warnt Ralf Stegner vor westlichem „Säbelrasseln“, andere verlangen deutliche Botschaften an Putin. Wann kommt das Machtwort des Kanzlers?

Ich habe klare Worte formuliert – sie gelten. Und es gilt, was die deutsche Regierung, was wir Europäer mit der amerikanischen Regierung vereinbart haben, nämlich, dass es hohe Kosten haben würde für Russland, wenn es eine militärische Aggression gegen die Ukraine gibt.

SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich hofft auf eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung, in der irgendwann die Nato abgeschafft werden kann. Ist das ein Traum, den Sie auch träumen?

Wir alle wissen, dass das transatlantische Verteidigungsbündnis erforderlich ist. Als Demokratien bündeln wir unsere Sicherheitsinteressen in der Nato. Da sind wir uns einig.

Sie sprechen von hohen Kosten, die auf Russland zukämen im Falle eines Angriffes. Wäre es nicht gut, Klarheit zu schaffen, damit Putin unmissverständlich weiß, was ihm droht?

Im Kreise der Verbündeten verständigen wir uns, wie mögliche Maßnahmen aussehen. Das ist gut. Wir müssen handlungsfähig sein im Falle eines Falles. Und das werden wir sein.

Sie haben die Pipeline Nord Stream 2 nicht mehr ausgeschlossen von möglichen Sanktionen. Ist Deutschland bereit, selbst hohe Kosten in Kauf zu nehmen, wenn es etwa um die Erdgasleitung geht oder ein Zahlungssystem wie Swift?

Wir werden klug agieren in einem solchen Fall, den wir hoffentlich nicht erleben. Das muss man angesichts mancher Debattenbeiträge ja noch einmal sagen: Alles, was wir tun, dient dem Ziel, eine weitere Eskalation zu verhindern. Dafür haben wir alle diplomatischen Kanäle aktiviert. Die Klugheit gebietet es, sich Maßnahmen auszusuchen, die den größten Effekt haben auf den, der die gemeinsam festgelegten Prinzipien verletzt. Gleichzeitig müssen wir bedenken, welche Folgen das für uns selber hat. Die Illusion, dass es irgendeine Maßnahme gibt, die keine Konsequenzen für uns hat, sollte niemand hegen.